



Der Palast der Republik in Berlin am 8. Mai 2003 (Tag der Befreiung vom Faschismus)

1990 kassierten die westdeutschen Kapitalisten und ihr Staat die DDR. In kurzer Zeit wurde 80 % ihrer Industrie platt gemacht. Allein 8500 Kombinate und Betriebe, 20000 große und kleine Einzelhandelsgeschäfte wurden liquidiert. Jeder zweite Arbeitsplatz wurde vernichtet. Die Mehrzahl aller kulturellen Zentren und Begegnungsstätten wurden geschlossen, in den ersten Jahren allein 10 200. Die Anzahl der Kinos halbierte sich. Bis 1992 wurden 14 574 Bibliotheken geschlossen. Wo die Büttel und Handlanger der westdeutschen Konzerne und Banken einfielen, nahmen sie alles in Beschlag, die gepriesene Wiedervereinigung aus! Noch heute werden in der DDR nur 77 % der Löhne der BRD bezahlt. An den versprochenen „Aufbau Ost“ glaubt spätestens heute kein Mensch mehr, jedes Jahr geht es nur noch weiter rein in den Dreck!

Gab es 1989 noch 344 000 betriebliche Ausbildungsplätze in der DDR, so waren es 2001 nur noch 95 904. Das heißt, von ehemals vier betrieblichen Ausbildungsstellen ist nur etwa eine Lehrstelle geblieben. Die Menschen verlassen zu Tausenden die DDR. Verließen allein in Mecklenburg-Vorpommern bisher jedes Jahr 5000 Jugendliche ihre Wohnorte auf der Suche nach Arbeit und Ausbildung, so können sich junge Leute jetzt darauf gefasst machen, dass das Arbeitsamt sie jagt: „Ausbildung und Qualifizierung in anderen Regionen Deutschland und Europas ist besser als gar keine Ausbildung. Sie kann für junge Menschen eine wichtige Erfahrung und Bereicherung fürs Leben sein.“ Nett formuliert im Hartzpapier – das ist die viel gepriesene Reisefreiheit: Immer der Billiglohnarbeit hinterher, von Berlin bis Bukarest...

Und so war's in der DDR

Artikel 24 (1) der DDR-Verfassung: „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Arbeit. Er hat das Recht auf einen Arbeitsplatz und dessen freie Wahlentsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und der persönlichen Qualifikation. Er hat das Recht auf Lohn nach Qualität und Quantität der Arbeit. Mann und Frau, Erwachsene und Jugendliche haben das Recht auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeitsleistung.“

„In den neuen Bundesländern steige die Zahl der mit öffentlichen Mitteln bei Bildungsträgern geförderten Kurzausbildungsgänge kontinuierlich an. So „erlernten“ 4362 Auszubildende den in Kriegszeit entwickelten und längst überlebten zweijährigen Beruf des Teilzurichters, beinahe doppelt so viele wie in Westdeutschland (2373).“ (Pressedienst der IG Metall, 4.11.2002)

Schröder & Konsorten gehen uns ans Leder:

+++ 1990: DDR kassiert +++ 80% der DDR-Industrie platt gemacht +++ staatlicher Rassismus und Abbau demokratischer Rechte am laufenden Band +++
1999: Jugoslawien bombardiert +++ 2003: 10000 deutsche Soldaten weltweit im Auslandseinsatz +++ bald Bundeswehr-Einsatz im Inland +++

DIE REGIERUNG GREIFT UNS AN!



Um uns selber müssen wir uns selber kümmern:

Lieber sozialistische Experimente als großdeutsche Katastrophen!



Freie Deutsche Jugend - FDJ

Mitglied im Weltbund Demokratischer Jugend (WBDJ)

Herausgegeben vom Zentralrat

Weydingerstr. 14-16, 10178 Berlin, mail@FDJ.de, internet: www.FDJ.de



10.-12. Oktober Rotes Wochenende in Auterwitz



Was sind diese Hartz-Gesetze eigentlich?

Kein Mensch glaubt mehr, dass damit wirklich Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir sollen für unsere Ausbildung wieder wie im Mittelalter Lehrgeld bezahlen, aus qualifizierten Ausbildungsberufen sollen billige Schmalspur-Ausbildungen für zukünftige Hilfsarbeiter werden. Obendrein sollen wir, wenn wir arbeitslos werden, jede Drecksarbeit annehmen müssen – das ist Arbeitszwang wie zu Adolfs Zeiten! Und nicht nur mit den Hartz-Gesetzen, auch mit der Agenda 2010 und der Gesundheitsreform à la Rürup sollen uns weitere Rechte und soziale Errungenschaften genommen werden.

Wenn du genau wissen willst, was Hartz-Gesetze, Agenda 2010 und Rürup für uns bedeuten, komm mit zum Roten Wochenende.

Mit den Musik- und Theater-Gruppen „Rote Trillerpfeifen“ und „Dynamo“

PSA: Staatlich organisierte Leiharbeit!
Die Bundesanstalt für Arbeit kann alle arbeitsfähigen Erwerbslosen und zusätzlich 900.000 Sozialhilfeempfänger sogenannten PersonalServiceAgenturen zuweisen. Der Unternehmer erhält diese Arbeitskräfte als Leiharbeiter von den PSAen für die ersten sechs Wochen kostenlos. Der Leiharbeiter bekommt für diese Zeit nur seine bisherige Arbeitslosenunterstützung weiter gezahlt. Wird der Leiharbeiter nach sechs Wochen weiter beschäftigt, wird sein Lohn "unter den normalen branchenüblichen Tarifverträgen liegen." (O-Ton Schröder)
Der Vorstandschef von Opel, Carl-Peter Forster, hat schon angekündigt, von seiner Stammbelagschaft, 30.000 Kollegen, zehn Prozent, also 3.000, durch Leiharbeiter zu ersetzen (nach: „Stern“, 47/2002)

Jugend im Fadenkreuz: Arbeitszwang!
O-Ton Wirtschafts- und Arbeitsminister Clement:
„Wir wollen einen gewissen Beschäftigungszwang ausüben, jedenfalls gegenüber denjenigen, die sich verweigern. Das müssen wir durchsetzen.“ (Frankfurter Rundschau, 1./2.2.03)
„Die Bundesregierung will die Sanktionen gegen Arbeitslose deutlich verschärfen, die sich einem Job oder einer Weiterbildung verweigern. Wer eine zumutbare Arbeit ablehnt, soll fast ein Drittel weniger Geld bekommen. Jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren soll die Hilfe in diesem Fall sogar gestrichen werden.“ (Süddeutsche Zeitung, 18.3.03)
Wenn wir keine Lehrstelle bzw. keinen Arbeitsplatz in unserem erlernten Beruf finden und nicht am Hungertuch nagen wollen, müssen wir uns also zukünftig als Straßenfeger oder bestenfalls als Hilfsarbeiter am Band verdienen! Denn nicht wir bestimmen, welche Arbeit für uns zumutbar ist, sondern die!

Warum beschließt die Regierung jetzt diese Gesetze?

Es wird ein zentrales Datenregister eingeführt, durch

welches die Wirtschaft uneingeschränkten Zugriff auf alle Arbeitsfähigen erhält. Wofür soll das gut sein? Aus der Geschichte des Kapitalismus kennen wir nur einen Grund dafür: Nur eine planmäßige Kriegswirtschaft benötigt einen zentralen staatlich organisierten Zugriff auf alle Arbeitskräfte. Während die Bundeswehr überall auf der Welt Kriege führt, braucht die Industrie im eigenen Land ein Kriegsprogramm. Wenn die Männer, die in Kriegszeiten in den Schützengräben liegen, auf dem Arbeitsmarkt fehlen, dann muss der Rest der Gesellschaft jederzeit für die Industrie einsetzbar sein.

Wenn du wissen willst, wie diese Kriegsvorbereitung genau funktioniert, komm mit zum Roten Wochenende!



Die ersten sind bereits gegen die Hartz-Gesetze auf die Straße gegangen.

In Schweinfurt streikten 4000 Arbeiter. Sie trugen Transparente mit den Losungen „Schröder, Stoiber, Eichel, Merkel – sozialpolitisch alles Ferkel!“ und „Denk ich an Rürup und an Hartz – wird mir vor den Augen schwarz!“

Wenn du mehr über die Kämpfe gegen die Hartz-Gesetze wissen willst, komm mit zum Roten Wochenende!

**Fußball Party
Lagerfeuer
Volleyball**

Ja, ich komme zum Roten Wochenende.

Name: _____

Adresse/Telefon: _____

e-Mail: _____

Senden an: Freie Deutsche Jugend,
Weydingerstr. 14-16, 10178 Berlin
oder per e-Mail: mail@FDJ.de